

Das Außenministerium hat Moskaus Antwort auf US-Gegenangebote zu Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Der Text wurde wenige Stunden nach seiner Übergabe an US-Botschafter John Sullivan veröffentlicht.

Am 17. Februar erhielt US-Botschafter John Sullivan, der ins Außenministerium Russlands eingeladen war, die folgende Reaktion auf die früher erhaltene amerikanische Antwort auf den russischen Vertragsentwurf zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über Sicherheitsgarantien.

Allgemeines

Wir stellen fest, dass die amerikanische Seite keine konstruktive Antwort auf die Grundelemente des von der russischen Seite vorbereiteten [Vertragsentwurfs mit den Vereinigten Staaten über Sicherheitsgarantien](#) gegeben hat. Wir sprechen über die Ablehnung einer weiteren NATO-Erweiterung, die Rücknahme der „Bukarest-Formel“, dass „die Ukraine und Georgien NATO-Mitglieder werden“, und die Ablehnung der Schaffung von Militärbasen auf dem Territorium von Staaten, die zuvor Teil der NATO waren UdSSR und sind keine Mitglieder des Bündnisses, einschließlich der Nutzung ihrer Infrastruktur zur Durchführung militärischer Aktivitäten sowie der Rückgabe militärischer Fähigkeiten, einschließlich Streiks, und der NATO-Infrastruktur an den Stand von 1997, als die Russland-NATO-Gründungsakte zustande kam unterzeichnet. Diese Bestimmungen sind für die Russische Föderation von grundlegender Bedeutung.

Der Paketcharakter russischer Vorschläge wurde ignoriert, aus denen bewusst "bequeme" Themen ausgewählt wurden, die wiederum in Richtung der Schaffung von Vorteilen für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten "verdreht" wurden. Dieser Ansatz sowie die begleitende Rhetorik von US-Beamten verstärken berechtigte Zweifel, dass Washington wirklich entschlossen ist, die europäische Sicherheitslage zu reparieren.

Die zunehmenden militärischen Aktivitäten der USA und der NATO in der Nähe der russischen Grenzen sind alarmierend, während unsere roten Linien und zentralen Sicherheitsinteressen sowie das souveräne Recht Russlands, sie zu schützen, weiterhin ignoriert werden.

Ultimative Forderungen, Truppen aus bestimmten Gebieten auf russischem Territorium abzuziehen, verbunden mit der Androhung härterer Sanktionen, sind inakzeptabel und untergraben die Aussichten auf echte Einigungen.

In Ermangelung der Bereitschaft der amerikanischen Seite, feste, rechtsverbindliche Garantien zu vereinbaren, um unsere Sicherheit gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten zu gewährleisten, wird Russland gezwungen sein, zu reagieren, auch durch die Umsetzung militärisch-technischer Maßnahmen.

Ukraine

Eine „russische Invasion“ in der Ukraine, die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten seit letztem Herbst auf offizieller Ebene ausrufen, gibt es nicht und sie ist auch nicht geplant, sodass Aussagen über „Russlands Verantwortung für die Eskalation“ nicht anders als als eine gewertet werden können Versuch, Russlands Vorschläge für Sicherheitsgarantien unter Druck zu setzen und abzuwerten.

Die Erwähnung russischer Verpflichtungen nach dem Budapester Memorandum von 1994 in diesem Zusammenhang hat nichts mit dem innerukrainischen Konflikt zu tun und bezieht sich nicht auf Umstände, die sich aus der Einwirkung interner Faktoren dort ergeben.

Der Verlust der territorialen Integrität des ukrainischen Staates ist das Ergebnis der Prozesse, die in ihm stattgefunden haben.

Auch die in der amerikanischen Antwort enthaltenen Vorwürfe Russlands, es habe die Krim „besetzt“, halten einer Überprüfung nicht stand. 2014 fand in Kiew ein Staatsstreich statt, dessen Initiatoren mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten die Schaffung eines nationalistischen Staates anstrebten, der die Rechte der russischen und russischsprachigen Bevölkerung verletzt, sowie andere "nicht titelgebende" ethnische Gruppen. Es überrascht nicht, dass die Krim in einer solchen Situation für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hat.

Die Entscheidung der Menschen auf der Krim und in Sewastopol, in die Russische Föderation zurückzukehren, wurde freiwillig in Ausübung des in der UN-Charta verankerten Rechts auf Selbstbestimmung getroffen. Es wurde weder Gewalt noch Androhung von Gewalt angewendet. Die Frage der Zugehörigkeit der Krim ist abgeschlossen.

Wenn die Ukraine in die NATO aufgenommen wird, besteht die reale Gefahr, dass das Regime in Kiew versuchen wird, die Krim gewaltsam „zurückzugeben“, indem es die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten gemäß Art. 5 des Washingtoner Vertrages in einen direkten bewaffneten Konflikt mit Russland mit allen daraus folgenden Konsequenzen.

Die in der US-Antwort wiederholte These, Russland habe angeblich „den Konflikt im Donbass entzündet“, ist unhaltbar. Ihre Gründe sind rein häuslicher Natur.

Die Lösung ist nur durch die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und des „Maßnahmenpakets“ möglich, dessen Priorität und Verantwortung für die Umsetzung durch die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats, einschließlich der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens, klar definiert und einstimmig bestätigt wird Großbritannien. In Ziffer 2 dieser Resolution werden Kiew, Donezk und Lugansk als Parteien genannt. Keines dieser Dokumente erwähnt die Verantwortung Russlands für den Konflikt im Donbass. Russland spielt zusammen mit der OSZE im Hauptverhandlungsformat – der Kontaktgruppe – und zusammen mit Berlin und Paris – im Normandie-Format die Rolle eines Vermittlers, der Empfehlungen an die Konfliktparteien formuliert und deren Umsetzung überwacht.

Um die Situation um die Ukraine zu deeskalieren, ist es grundlegend wichtig, die folgenden Schritte zu unternehmen. Diese zwingen Kiew zur Einhaltung des „Maßnahmenpakets“, stoppen Waffenlieferungen an die Ukraine, ziehen alle westlichen Berater und Ausbilder von dort ab, verweigern gemeinsame Übungen mit den Streitkräften der Ukraine aus NATO-Staaten und ziehen zuvor alle ausländischen Waffen ab Lieferung nach Kiew außerhalb des ukrainischen Hoheitsgebiets.

In diesem Zusammenhang machen wir darauf aufmerksam, dass der russische Präsident VV Putin auf einer Pressekonferenz nach den Gesprächen in Moskau mit dem französischen Präsidenten E. Macron am 7. Februar 2022 betonte, dass wir offen für den Dialog sind und „dazu drängen denken Sie an stabile Bedingungen, Sicherheit für alle, gleich für alle Teilnehmer am internationalen Leben.“

Stationierung von Truppen

Wir stellen fest, dass die USA in ihrer Antwort auf die russischen Vorschläge darauf bestehen, dass Fortschritte bei der Verbesserung der europäischen Sicherheitslage „nur im Sinne einer Deeskalation in Bezug auf die Drohaktionen Russlands gegen die Ukraine erreicht werden können“, was, wie wir verstehen, impliziert die Anforderung des Abzugs der russischen Truppen von den Grenzen der Ukraine.

Gleichzeitig sind die Vereinigten Staaten bereit, nur über "gegenseitige Verpflichtungen ... zu sprechen, keine ständig stationierten Streitkräfte mit Kampfeinsätzen auf dem Territorium der Ukraine zu stationieren" und "die Möglichkeit zu erwägen, das Problem der konventionellen Streitkräfte zu erörtern ." Im übrigen geht die amerikanische Seite schweigend über unsere Vorschläge in Ziff. 2 Artikel 4 und Abs. 1 von Artikel 5 des bilateralen Vertragsentwurfs und erklärt, dass "die derzeitige Konfiguration der US- und NATO-Streitkräfte begrenzt, verhältnismäßig und in vollem Einklang mit den Verpflichtungen aus der NATO-Russland-Grundakte steht".

Wir gehen davon aus, dass die Stationierung der Streitkräfte der Russischen Föderation auf ihrem Territorium die grundlegenden Interessen der Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigt und nicht beeinträchtigen kann. Wir möchten Sie daran erinnern, dass es auf dem Territorium der Ukraine keine Streitkräfte von uns gibt.

Gleichzeitig verlegten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihre militärische Infrastruktur nach Osten und entsandten Kontingente in die Territorien neuer Mitglieder. Sie umgingen die KSE-Beschränkungen und legten die Bestimmungen der Russland-NATO-Gründungsakte über die Ablehnung der „zusätzlichen ständigen Stationierung beträchtlicher Kampftruppen“ ziemlich locker aus. Die daraus resultierende Situation ist nicht hinnehmbar. Wir bestehen auf dem Abzug aller US-Streitkräfte und Waffen, die in MOE, SEE und dem Baltikum stationiert sind.

Wir sind davon überzeugt, dass die nationalen Potenziale in diesen Zonen völlig ausreichend sind. Wir sind bereit, dieses Thema auf der Grundlage von Artikel 4 und 5 des russischen Vertragsentwurfs zu erörtern.

Das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit

Wir haben in der Antwort der USA keine Bestätigung dafür gesehen, dass sich die amerikanische Seite voll und ganz für die Einhaltung des unveränderlichen Prinzips der Unteilbarkeit der Sicherheit einsetzt. Allgemeine Äußerungen über die Berücksichtigung dieses Postulats durch die amerikanische Seite widersprechen direkt Washingtons mangelnder Bereitschaft, seinen kontraproduktiven und destabilisierenden Kurs der Schaffung von Vorteilen für sich und seine Verbündeten auf Kosten der Sicherheitsinteressen Russlands aufzugeben.

Genau dies geschieht als Ergebnis der hemmungslosen Umsetzung einer Politik der uneingeschränkten geostrategischen und militärischen Entwicklung des postsowjetischen Raums, einschließlich des

Territoriums der Ukraine, durch die Nordatlantische Allianz unter der führenden Rolle der Vereinigten Staaten, die für uns von besonders sensibler Natur ist.

All dies geschieht direkt an den russischen Grenzen. Somit werden unsere „roten Linien“ und grundlegenden Sicherheitsinteressen ignoriert, und Russland wird das unveräußerliche Recht, sie bereitzustellen, verweigert. Für uns ist das natürlich nicht akzeptabel.

Darüber hinaus erinnern wir Sie daran, dass dieses Prinzip in der Präambel des Vertrags zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika von 2011 über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen verankert ist, dessen Verlängerung die Parteien ausnahmslos um fünf Jahre vereinbart haben im Februar letzten Jahres, und auch in einer Reihe von grundlegenden Dokumenten der OSZE und Russland-NATO, die auf höchster Ebene angenommen wurden: in der Präambel der Schlussakte von Helsinki von 1975, in der Pariser Charta für ein neues Europa von 1990, Russland-NATO Gründungsakte von 1997, Istanbul-Charta der Europäischen Sicherheit der OSZE von 1999, 2002, NATO-Russland-Erklärung von Rom und 2010, OSZE-Gipfel, Astana-Erklärung.

Wir stellen fest, dass in der erhaltenen Antwort Washingtons Festhalten am Konzept der Unteilbarkeit der Sicherheit erwähnt wird. Aber im Text läuft es auf das Recht der Staaten hinaus, „die Methoden zur Gewährleistung ihrer Sicherheit frei zu wählen oder zu ändern, einschließlich Unionsverträgen“. Diese Freiheit ist nicht absolut und ist nur die Hälfte der bekannten Formel, die in der Charta für europäische Sicherheit festgelegt ist.

Sein zweiter Teil fordert, bei der Ausübung dieses Rechts nicht "... die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken". Wir können das Schreiben der NATO vom 10. Februar dieses Jahres nicht berücksichtigen. als Antwort auf die Botschaft des russischen Außenministers Sergej Lawrow vom 28. Januar 2022 an den US-Außenminister E. Blinken zu diesem Thema. Wir baten um eine Antwort in nationaler Funktion.

NATO-Politik der offenen Tür

Die USA bekräftigen ihre "starke Unterstützung" für die Politik der "offenen Tür" der NATO. Aber es läuft den grundlegenden Verpflichtungen zuwider, die innerhalb der KSZE/OSZE eingegangen wurden, vor allem der Verpflichtung, "die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken". Diese Politik steht nicht im Einklang mit den Leitlinien des Bündnisses selbst, das sich nach dem Treffen der NATO-Außenminister am 6./7. Juni 1991 in Kopenhagen verpflichtet hat, "keine einseitigen Vorteile aus der veränderten Lage in Europa zu ziehen", "nicht legitime Interessen" anderer Staaten zu bedrohen, ihre "Isolation" nicht anzustreben oder "neue Trennlinien auf dem Kontinent zu ziehen".

Wir fordern die Vereinigten Staaten und die NATO auf, ihre internationalen Verpflichtungen im Bereich der Wahrung von Frieden und Sicherheit wieder zu erfüllen. Wir erwarten von den Mitgliedern des Bündnisses konkrete Vorschläge zu Inhalten und Formen der rechtlichen Festigung des Verzichts auf eine weitere Osterweiterung der NATO.

Paketcharakter der Angebote

Wir nehmen die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Kenntnis, substantziell an individuellen Rüstungskontroll- und Risikominderungsmaßnahmen zu arbeiten. Gleichzeitig stellten sie fest, dass

Washington endlich die Berechtigung einer Reihe von russischen Vorschlägen und Initiativen in diesen Bereichen anerkannt habe, die in den letzten Jahren vorgebracht wurden.

Gleichzeitig machen wir die amerikanische Seite noch einmal darauf aufmerksam, dass Russland in den von uns vorgelegten Dokumenten zu Sicherheitsgarantien vorgeschlagen hat, den Weg einer umfassenden langfristigen Lösung der unannehmbaren Situation zu gehen, die sich weiter entwickelt im euro-atlantischen Raum. Zunächst einmal sprechen wir über die Schaffung einer stabilen Grundlage für eine Sicherheitsarchitektur in Form einer Vereinbarung über die Weigerung der NATO, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die der Sicherheit Russlands schaden. Dies bleibt für uns ein unveränderlicher Imperativ.

Ohne solch ein starkes Fundament werden miteinander verbundene Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und zur Verringerung militärischer Risiken, die eine Zurückhaltung und Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten in getrennten Bereichen sicherstellen, selbst wenn sie vereinbart werden können, auf lange Sicht nicht nachhaltig sein.

Daher haben die russischen Vorschläge Paketcharakter und sollten als Ganzes betrachtet werden, ohne ihre einzelnen Komponenten herauszugreifen.

In diesem Zusammenhang möchten wir uns auf das Fehlen einer konstruktiven Reaktion aus Washington und Brüssel auf die wichtigsten Elemente der russischen Initiative konzentrieren, die wir klar identifiziert haben. Fragen der Rüstungskontrolle betrachten wir ausschließlich im allgemeinen Kontext eines umfassenden Gesamtkonzepts zur Lösung des Problems der Sicherheitsgarantien.

„Post-START“ und „Sicherheitsgleichung“

Die Vereinigten Staaten schlagen vor, sich „unverzüglich“ an der Entwicklung von „Maßnahmen zur Entwicklung von START“ im Rahmen des Dialogs über strategische Stabilität zu beteiligen. Gleichzeitig versucht die amerikanische Seite jedoch, einen nicht mit uns abgestimmten Ansatz zu fixieren, der vorsieht, sich ausschließlich auf Nuklearwaffen zu konzentrieren, unabhängig von der Fähigkeit bestimmter Waffen, eine direkte Bedrohung für das Staatsgebiet darzustellen. Die andere Seite. Eine solche einseitige Sichtweise widerspricht den beim russisch-amerikanischen Gipfel am 16. Juni 2021 in Genf getroffenen Vereinbarungen über den umfassenden Charakter des strategischen Dialogs, der die Grundlage für künftige Rüstungskontroll- und Risikominderungsmaßnahmen legen soll.

Russland befürwortet weiterhin einen integrierten Ansatz in strategischen Fragen. Wir schlagen vor, uns an der gemeinsamen Entwicklung einer neuen „Sicherheitsgleichung“ zu beteiligen.

Der Satz von Elementen des von uns vorgeschlagenen Konzepts, das weiterhin in vollem Umfang relevant ist, wurde der amerikanischen Seite zur Kenntnis gebracht, unter anderem während der Treffen im Rahmen des strategischen Dialogs und in dem von uns am 17. Dezember 2021 vorgelegten Arbeitsdokument. Sein Inhalt.

Stationierung von Atomwaffen außerhalb des Staatsgebiets

Die Vereinigten Staaten haben in ihrem Dokument nicht auf ein solches Element des von uns vorgeschlagenen „Pakets“ von Maßnahmen reagiert, wie den Abzug von außerhalb ihrer Grenzen

stationierten Atomwaffen auf das Staatsgebiet und die Ablehnung ihrer weiteren Stationierung außerhalb des Staatsgebiets, und beschränkte sich auf die Erwähnung der Notwendigkeit, das Problem auf der strategischen Dialogplattform zu behandeln, nicht-strategische Kernwaffen, ohne die Besonderheiten ihres Einsatzes und andere Faktoren zu berücksichtigen, die die Sicherheit der Parteien beeinflussen.

Wir möchten klarstellen, dass es mit unseren Vorschlägen um die Lösung des Problems der Präsenz von US-Atomwaffen auf dem Territorium einiger nichtnuklearer NATO-Staaten unter Verletzung des Atomwaffensperrvertrags geht, die in der Lage sind, Ziele auf russischem Territorium zu treffen. Dies würde die Beseitigung der Infrastruktur für die rasche Stationierung solcher Waffen in Europa sowie die Einstellung der NATO-Ausbildung und -Übungen im Umgang mit diesen Waffen umfassen, an denen nichtnukleare NATO-Mitgliedstaaten beteiligt sind.

Ohne die Beseitigung dieses Irritationsfaktors ist eine Diskussion über das Thema nicht-strategische Nuklearwaffen nicht möglich.

Bodengestützte Mittel- und Kurzstreckenraketen

Wir betrachten diese Frage als einen der vorrangigen Bereiche des russisch-amerikanischen Dialogs über strategische Stabilität. Wir glauben, dass diese Waffenkategorie ein notwendiger Bestandteil der neuen „Sicherheitsgleichung“ ist, die gemeinsam von Russland und den Vereinigten Staaten ausgearbeitet werden sollte.

Wir gehen weiterhin von der Relevanz russischer Initiativen im Bereich „Post-INF-Vertrag“ aus, die auf der Idee gegenseitig überprüfbarer Moratorien für den Einsatz bodengebundener INF-Vertragsstaaten in Europa beruhen.

Grundsätzlich sind wir offen für inhaltliche Überlegungen zu Wegen der praktischen Umsetzung. Gleichzeitig stellen wir die anhaltende Unsicherheit in Washingtons Herangehensweise an die Hauptparameter potenzieller Kontrollmaßnahmen für diese Waffen fest, vor allem in Bezug auf ihre Abdeckung, die alle Waffen der angemessenen Reichweite in nuklearer und nichtnuklearer Ausrüstung abdecken sollte.

Es wurde festgestellt, dass die Vereinigten Staaten den russischen Ansatz zugrunde legen, der die gegenseitige Lösung gegenseitiger Anliegen im Rahmen des zuvor bestehenden INF-Vertrags vorsieht. Die von amerikanischer Seite vorgeschlagene Version für die Entwicklung unserer Idee gegenseitiger Überprüfungsmaßnahmen in Bezug auf die Aegis Ashore-Komplexe in Rumänien und Polen sowie einige Einrichtungen im europäischen Teil Russlands kann weiter berücksichtigt werden.

Wie in einer Erklärung des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 26. Oktober 2020 betont und später der amerikanischen Seite mehrfach zur Kenntnis gebracht wurde, könnten mögliche Transparenzmaßnahmen in Bezug auf genehmigungspflichtige russische Einrichtungen die Überwachung der Abwesenheit der russischen 9M729-Rakete dort umfassen. Wir erinnern Sie daran, dass dieser Schritt eine Manifestation des guten Willens ist, da die Eigenschaften der Rakete 9M729 in keiner Weise den Anforderungen des ehemaligen INF-Vertrags widersprechen und die Vereinigten Staaten keine Beweise vorgelegt haben, die die Anschuldigungen gegen sie bestätigen würden Russland.

Gleichzeitig ignorierte die amerikanische Seite die von uns während der Laufzeit dieses Vertrags am 23. Januar 2019 organisierte freiwillige Veranstaltung zur Demonstration der Vorrichtung und der technischen Eigenschaften der 9M729-Rakete und ihrer Trägerrakete.

Schwere Bomber und Überwasserkriegsschiffe

Wir nehmen die Aufmerksamkeit der amerikanischen Seite auf die russische Idee zusätzlicher Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf Flüge schwerer Bomber in der Nähe der Landesgrenzen der Parteien zur Kenntnis. Wir sehen ein Diskussionsthema und das Potenzial für einvernehmliche Vereinbarungen. Wir erinnern Sie an ein ebenso wichtiges Element unseres "Paket"-Vorschlags bezüglich ähnlicher Fahrten von Überwasserkampfschiffen, die ebenfalls ernsthafte Risiken beinhalten.

Militärische Übungen und Manöver

Die Vereinigten Staaten reagierten nicht auf die Vorschläge in sek. 2 Artikel 4 des russischen Vertragsentwurfs. Die amerikanische Seite geht offenbar davon aus, dass es möglich ist, Spannungen im militärischen Bereich durch mehr Transparenz und zusätzliche Maßnahmen zur Minderung der Gefahr im Einklang mit den Vorschlägen des Westens zur Modernisierung des Wiener Dokuments abzubauen.

Wir halten einen solchen Ansatz für unrealistisch und einseitig, der darauf abzielt, die Aktivitäten der Streitkräfte der Russischen Föderation zu „durchschauen“.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem Wiener Dokument 2011 sind der aktuellen Situation angemessen. Um mit der Diskussion über die Möglichkeit ihrer Aktualisierung zu beginnen, müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Und dafür sollten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die Politik der „Eindämmung“ Russlands aufgeben und konkrete praktische Maßnahmen ergreifen, um die militärpolitische Situation zu deeskalieren, einschließlich im Einklang mit Abs. 2 Artikel 4 unseres Vertragsentwurfs.

Was die Verhütung von Zwischenfällen auf hoher See und im Luftraum darüber betrifft, begrüßen wir die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu entsprechenden Konsultationen. Diese Arbeit kann jedoch die Lösung der zentralen Probleme Russlands nicht ersetzen.